

U14

Titel Ein neuer Aufbruch in der Energiewende

AntragstellerInnen Hessen-Süd

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Ein neuer Aufbruch in der Energiewende

- 1 1. Wir halten weiterhin am Ziel der 100 % erneuerbaren Energien fest. Bestehende Subventionen
- 2 in der Kohle- und Atomindustrie müssen als Wachstumsschub zur Förderung regenerativer
- 3 Energien umgeschichtet werden. Aus der Energiegewinnung durch Kohle und Atomkraft muss
- 4 vollständig ausgestiegen werden.
- 5 2. Die Energiewende muss, um zu funktionieren, so dezentral wie möglich gestaltet werden.
- 6 Nur so ist eine Anpassung an lokale Besonderheiten und Platz für Innovationen gegeben. Die
- 7 SPD muss sich dafür einsetzen, dass dieser Ausbau durch das Gesetz ermöglicht wird und ihm
- 8 keine weiteren Steine in den Weg gelegt werden.
- 9 3. Im Zuge der Dezentralisierung muss Energieversorgung als Teil der öffentlichen Infrastruktur
- 10 wieder Aufgabe der Stadtwerke werden. Diese müssen nicht auf Gewinnmaximierung
- 11 abzielen, können somit günstige Preise anbieten und ermöglichen eine größtmögliche
- 12 demokratische Teilhabe an der der Energiewende. In dem Rahmen sollen auch
- 13 Bürgerenergiegenossenschaften gefördert werden, wobei kommunale Projekte Voang vor
- 14 diesen haben müssen.
- 15 4. Es müssen Förderprogramme zur Entwicklung neuer Speichermedien und digitalisierten,
- 16 smarten Netzen und Prozessen beim Verbrauch gestartet werden. Zwar wird schon viel
- 17 Solarstrom produziert, häufig fehlt es jedoch an Methoden, um diesen auch unabhängig vom
- 18 Wetter nutzbar zu machen.
- 19 5. Das Verursacher*innenprinzip muss angewendet werden. Wenn Stromkonzerne jahrelang
- 20 Milliarden an Gewinnen einfahren, können sie davon auch den Rückbau ihrer
- 21 umweltzerstörenden Technologien bezahlen.
- 22 6. Alte und schmutzige Kohle- und Atomkraftwerke müssen abgeschaltet und vom Netz
- 23 genommen werden.
- 24 7. Der SPD-Bundesvorstand wird dazu aufgefordert, seinen Kurs und seine Position in der
- 25 Energiewende zu überdenken, frühere Fehlentwicklungen rückgängig zu machen und alles
- 26 dafür zu tun, um nicht hinter eigene Errungenschaften zurückzufallen. Wir sind uns bewusst,

27 dass durch die Energiewende hunderttausende neue Jobs – viele davon in unseren
28 Heimatorten und insbesondere auch im ländlichen Raum – entstehen werden, aber auf der
29 anderen Seite auch ein nicht unerheblicher Stellenabbau stattfindet. Den Kolleginnen und
30 Kollegen, deren Arbeitsplätze dadurch wegfallen, müssen wir Perspektiven bieten, um den
31 Wandel auch für diese sozialverträglich zu gestalten.

32

33 **Begründung**

34 Zu 1.: Die Energieversorgung ausschließlich durch erneuerbare Energien ist möglich. Dies gelingt
35 jedoch nicht durch Energiemonokulturen, die stark von einzelnen Wettererscheinungen abhängen,
36 sondern durch eine gesunde Mischung aus unterschiedlichen Nutzungsformen. Um nicht
37 Landwirtschaftsflächen zu verschwenden oder durch das Anstauen von Deichen Ökosysteme zu
38 beeinträchtigen, müssen vor allem Sonne, Wind und Geothermie zur Energiegewinnung genutzt
39 werden. Auch die Verwertung von (landwirtschaftlichen) Abfällen kann eine große Rolle spielen, da
40 das durch sie abgegebene Methan eines der gefährlichsten Treibhausgase ist.

41 Solare Energien sind nicht nur umweltfreundlich – sie bieten vor allem Energie, die, abgesehen von
42 den Baukosten für die Anlagen zur Energiegewinnung, kaum weitere Kosten verursacht. Der einzige
43 Grund, weswegen Atom- und Kohlestrom die Verbraucher*innen bisher weniger kostet, sind (teils
44 indirekte) Subventionen in Milliardenhöhe, die von Bund und Ländern gezahlt werden. Dieses Geld
45 muss umverteilt und zur Förderung solarer Energien genutzt werden – die Nutzung dieser darf kein Luxus-
46 gut sein, das nur besonders zahlungskräftigen Bürger*innen vorbehalten ist. Es darf keinerlei Anreize geben,
47 weiterhin auf ausbeutende Energieformen zurückzugreifen.

48 Zu 2.: In Deutschland gibt es vier Akteure, die das Energiegeschäft beherrschen: RWE, Vattenfall, E.ON und
49 EnBW. Gerade die jüngste Entwicklung einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen E.ON und RWE ist mit Be-
50 sorgnis zu sehen. Durch ihre Oligopolstellung können sie in der Energiewirtschaft maßgeblich die Richtung
51 bestimmen – ihr Interesse sind dabei Kohle und Atom, finanziert durch Subventionen, die jede*r Einzelne von
52 uns zu tragen hat. Sofern sie eigene Vorstellungen von der Energiewende haben, entsprechen diese nicht den
53 sozialdemokratischen Leitlinien, sondern zielen darauf ab, die bisherige Aufteilung des Energiemarktes beizu-
54 behalten. Der Grund, weswegen sich die dezentrale Energiewende für sie nicht rentiert ist, dass diese für eine
55 optimale Wirkung autonome und dezentrale Strukturen voraussetzt. Die durch die Umwelt in unendlichen
56 Mengen bereitgestellte Energie muss an jedem Ort unterschiedlich genutzt werden, da jeder Standort sei-
57 nen eigenen Energiemix bereitstellt. Voraussetzungen, um diesen möglichst effizient zu nutzen ist sowohl das
58 Finden von Flächen für Windkraft- und größere Solarkraftanlagen, als auch die Nutzung vorhandener Dachflä-
59 chen für Photovoltaik- und Solarthermiemodule. Gerade bei Neubauten können geothermische Anlagen gut
60 integriert werden und gemeinsam mit einem Energiesparhaus für eine Versorgung allein durch regenerative
61 Energien sorgen.

62 Zu 3.: Bei der Dezentralisierung der Energieversorgung muss auch eine Kommunalisierung ins Auge gefasst
63 werden. Optimaler Akteur für die dezentrale Gestaltung sind Stadtwerke als Eigenbetriebe der Kommunen.
64 Sie müssen keine großen Gewinne für Aktionäre einfahren, schaffen sichere Arbeitsplätze vor Ort und er-
65 möglichen eine maximale demokratische Teilhabe der Bürger*innen. In Zeiten klammer kommunaler Kassen
66 kann dies auch ein Weg sein, Geld in die Kassen zu spülen, ohne dass es vor Ort negative Auswirkungen auf
67 den Lebensstandard gibt. Die Nutzung erneuerbarer Energien durch Stadtwerke bedeutet unabdingbar eine
68 Verbesserung der Lebensbedingungen durch niedrigere Energiekosten und eine saubere Umwelt.

69 Zu 4.: Häufig wird kritisiert, dass Solarenergie nur funktioniert, wenn die Sonne scheint und Windkraft nur
70 nutzt, wenn Wind weht. Zunächst ist klarzustellen, dass durch einen gesunden Energiemix auch eine stabile
71 Energieversorgung möglich ist. Jedoch wird häufig während der Sonnenstunden deutlich mehr Energie pro-
72 duziert als benötigt – es stehen aber bedauerlicherweise nur unzureichende Speicherformen zur Verfügung.

73 Durch Investitionen muss Forschung betrieben werden, die sich an neuen Speichermedien versucht und die
74 Effizienz der bereits vorhandenen Technologien steigert. Diese Forschungsergebnisse können auch in vielen
75 anderen Lebensbereichen eingesetzt werden – vom Handyakku bis hin zu Elektroflugzeugen. Gleichzeitig muss
76 aber bedacht werden, dass sich mit einer anderen Form der Energiegewinnung auch die Form der Produktion
77 ändern muss – wie sie das schon immer hat, wenn neue, bessere Energieformen an den Markt kamen.

78 Zu 5.: Jahrelang haben Energiekonzerne Milliardengewinne mit Atom- und Kohlestrom eingefahren. Wenn es
79 nun an den Ausstieg aus diesen Energiegewinnungsformen geht, wird vielerorts versucht, durch die Ausglie-
80 derung der Atomsparte aus dem Gesamtkonzern oder über starke Lobbyarbeit, die entstehenden Kosten für
81 den Rückbau auf die Steuerzahler*innen umzuwälzen. Dies ist ein untragbarer Zustand, den die Bundesre-
82 gierung nicht hinnehmen darf. Wer Dreck macht, macht ihn auch selber weg – vor allem, wenn durch dessen
83 Produktion volle Taschen bei Geschäftsführern und Aktionären entstanden sind.

84 Zu 6.: Der Strompreis steigt nicht, weil die erneuerbaren Energien so teuer sind – sondern weil, obwohl ge-
85 nug Strom vorhanden ist, die überflüssigen Kohle- und Atomkraftwerke nicht vom Netz genommen werden,
86 weil die Bundesregierung hier wieder eine aus der Zeit gefallene Branche mit Steuergeldern unterstützt, oh-
87 ne, dass hierfür auch ein Vorteil für die Bürgerinnen und Bürger entsteht. Die SPD muss sich deshalb in der
88 Bundesregierung dafür einsetzen, dass diese Abmachung aufgelöst wird und der

89 überflüssige Strom aus Kohle- und Atomkraftwerken nicht weiter in das Stromnetz eingespeist werden
90 darf.

91 Zu 7.: Insbesondere die letzte Novelle des EEG (2016/17) hat dieses entkernt. Mit dem Umstieg auf Ausschrei-
92 bungsmodelle wird die Energiewende nicht wirtschaftlicher und auch nicht schneller vorangetrieben. Sie wird
93 nicht mehr ohne weiteres auf genossenschaftlicher oder kommunaler Ebene, also nah an den Bürger*innen,
94 getragen; sondern in Zukunft werden es wieder nur größere Konzerne sein, die am Ausbau der erneuerbaren
95 Energien teilhaben. Die SPD ist damit hinter die im Koalitionsvertrag 2013 durch ihren Einsatz festgehaltene
96 Abmachung gefallen und ist näher an CDU/CSU und die Lobbyverbände herangerückt. Zudem ist klar, dass
97 wir das aktuelle Klimaziel schon jetzt nicht einhalten werden. Der aktuelle Koalitionsvertrag lässt hier weder
98 den Wunsch nach Änderung der (auch von uns) gemachten Fehler, noch überhaupt eine Vision für die Energie-
99 wende erkennen. Die SPD braucht hier wieder eine klare Leitlinie, an der sie sich orientiert und die zuverlässig
100 den Kurs für die nächsten Jahre vorgibt.